

# B Ü R G E R I N F O R M A T I O N S S Y S T E M

## Auszug - Beitritt Bündnis "Städte sicherer Häfen"; Geschäftsordnungsantrag Rat Nr. 03/2021 der Fraktion DIE GRÜNEN vom 31. Mai 2021

<b>Sitzung:</b>	7. Sitzung des Rates der Stadt Bad Oeynhausen		
<b>TOP:</b>	Ö 12		Wortprotokoll Beschluss Abstimmungsergebnis
<b>Gremium:</b>	Rat	<b>Beschlussart:</b>	geändert beschlossen
<b>Datum:</b>	Mi, 03.11.2021	<b>Status:</b>	öffentlich/nichtöffentlich
<b>Zeit:</b>	17:00 - 19:40	<b>Anlass:</b>	Sitzung
<b>Raum:</b>	Veranstaltungszentrum Bürgerhaus Rehme		
<b>Ort:</b>	Hermann-Löns-Straße 28		
<b>Druckvorlage:</b>	VO/21/2414 Beitritt Bündnis "Städte sicherer Häfen"; Geschäftsordnungsantrag Rat Nr. 03/2021 der Fraktion DIE GRÜNEN vom 31. Mai 2021		
<b>Status:</b>	öffentlich		
	<b>Aktenzeichen:</b>	I 24 - 06/2	
<b>Federführend:</b>	Stabsbereich I, Büro des Bürgermeisters und des Rates		

---

RH Dr. Brand begründet den Antrag und bringt den darin enthaltenen Beschlussvorschlag ein.  
RH Dr. Winkelmann bringt für die SPD einen geänderten, ergänzten Beschlussvorschlag ein:

Die Stadt Bad Oeynhausen erklärt sich zum „Sicheren Hafen“. Sie tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen bei und bekennt sich zu den Zielen der Potsdamer Seebrücke-Erklärung.

Die Stadt Bad Oeynhausen erklärt sich bereit, 10 aus Seenot gerettete bzw. in Auffanglagern lebende Menschen – Familien mit Kindern – aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Aufnahmeverpflichtung Asylsuchender.

Hierzu soll ein Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Land NRW hergestellt werden.

Die Stadt stellt notwendige Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung – insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung – für die Ankommenden zur Verfügung.

Die Stadt Bad Oeynhausen bringt sich in das Netzwerk der Bündnis-Städte „Sichere Häfen“ in Europa ein und wirkt an einer aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik mit.

Im Laufe der Beratungen erklärt RH Korff das Einverständnis für die Fraktion DIE LINKE, sofern vor die Zahl zehn ein „mindestens“ eingefügt werde.

RH Groh stellt einen Antrag auf namentliche Abstimmung. Da keine Wortmeldungen für oder gegen diesen Antrag vorliegen, lässt BM Bökenkröger zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung beschließen:

Abstimmungsergebnis
---------------------

einstimmig	ja	nein	Enthaltung
	8	31	9

Damit ist der Antrag abgelehnt, das Quorum gem. § 16 Abs. 3 GeschO wurde nicht erreicht.

BM Bökenkröger stellt gem. § 16 Abs. 1 GeschO den von der SPD vorgelegten und um das Wort „mindestens“ erweiterten Beschlussantrag zur Abstimmung:

---

**Beschluss:**

Die Stadt Bad Oeynhausen erklärt sich zum „Sicheren Hafen“. Sie tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen bei und bekennt sich zu den Zielen der Potsdamer Seebrücke-Erklärung.

Die Stadt Bad Oeynhasuen erklärt sich bereit, mindestens 10 aus Seenot gerettete bzw. in Auffanglagern lebende Menschen – Familien mit Kindern – aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Aufnahmeverpflichtung Asylsuchender.

Hierzu soll ein Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem land NRW hergestellt werden.

Die Stadt stellt notwendige Ressourcen für einen menschenwürdige Versorgung – insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung – für die Ankommenden zur Verfügung.

Die Stadt Bad Oeynhausen bringt sich in das Netzwerk der Bündnis-Städte „Sichere Häfen“ in Europa ein und wirkt an einer aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik mit.

---

Abstimmungsergebnis			
einstimmig	ja	nein	Enthaltung
	25	14	9